

Auf eine Bemerkung des französischen Vertreters in der Unterkommission für Eisenbahnmaterial, die Abgabe der Kohlenmotive sei bisher hauptsächlich aus Preisen und nur in geringem Umfang aus den übrigen deutschen Bundesstaaten erfolgt, wies der deutsche Vorsitzende darauf hin, daß dies seinen Grund in dem Besitzstand der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen habe. Er betonte, daß daraus seinerlei politische Folgerungen auf das Verhältnis der deutschen Staaten au-
einander gezogen werden dürften.

(d.) General v. Winterfeldt wird nach einer Meldung aus Berlin auf seinem Entschluß seine Entlassung zu nehmen, beharren.

Das Gesicht Deutsch-Oesterreichs.

Mit am meisten von all den Fragen, die auf der kommenden Friedenskonferenz zur Erörterung stehen werden, liegt uns das zukünftige Schicksal Deutsch-Oesterreichs am Herzen. Das hat uns die große Ausgabe gelehrt, die in den letzten Tagen die deutsche Presse für einen Austritt Deutsch-Oesterreichs an die deutsche Republik unternahm. Der deutsch-österreichische Staat, dessen Grenzen und Gebietsteile allerdings noch keineswegs endgültig geregelt sind, vielmehr von den umgrenzenden slawischen Nationen sehr heftig angefochten werden würde, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gedeckt wird, ungesäßt 10 Millionen Einwohner umfassen. Es handelt sich bei diesem Staat vor allen Dingen um die sogenannten Sudetendeutsche, Böhmen, Mähren und Schlesien, die augenblicklich allerdings noch sehr weit von den verschiedensten Nationalitäten umstritten werden; ferner um das sogenannte Innerösterreich, das sich aus der Steiermark, aus Kärnten, Krain, Tirol und Vorarlberg zusammensetzt, das freilich aber auch in seinen einzelnen Gebietsteilen schwer umkämpft wird. Einem so zusammengelebten deutsch-österreichischen Staat würde der tschechische Staat mit 6½ Millionen, ein tschechischer mit 3½ Millionen und ein slowenisch-krainischer Staat von ungefähr 2 Millionen gegenüberstehen. Eine wichtige Frage ist für diese neuen Staaten die Bildungsfrage. In dieser Hinsicht scheint Deutsch-Oesterreich weitaus am besten ab. Nur etwa 3,1 Prozent der gesamten Einwohnerschaft sind Analphabeten, etwas höher liegt der Prozentsatz bei den Tschechen; dagegen zählen die Slowenen 14,7, die Serbo-Kroaten 63,7, die Ruthenen 61 und die österreichischen Polen 27,4 Prozent Analphabeten.

Das Sprachgebiet der nachweislich reine deutschen Landessteile ist nicht überall geschlossen, wozu noch kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede kommen. Der österreichische Sudetendeutsche, der von altersher sehr um sein Deutschland hat kämpfen müssen, ist ein ganz anderer als beispielsweise der Alpendeutsche, der weniger bedrohten Ländern Ober- und Nieder-Oesterreichs, Tirol etc. Während im Süden eine streng slawisch-katholische Gestaltung vorherrscht, herrscht im Norden der politische Freiheit. Hier überwiegt Industrie, dort das bauerliche Element. Dennoch muss betont werden, daß gerade heute angesichts der ernsten Gegenwart und der ungewissen Zukunft diese Unterschiede vollkommen neben-
halb überwiegen; der deutsche Staat

Deutsch-Oesterreich — ein Gliedstaat Deutschlands.

Berlin, 2. Febr. Der Staatrat von Deutsch-Oesterreich nahm einen der österreichischen Nationalversammlung vorgelegenden Gesetzentwurf, der Deutsch-Oesterreich als Glied Deutschlands erklärt, einstimmig an.

Kohlennot und Arbeitsunlust.

Im Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung bauen sich die Klagen über die wachsende Kohlennot, über den Mangel an Kohle und über die völlige Unlust zahlloser Arbeiter, zu arbeiten. Hand in Hand mit dem Mangel an Kohle geht ein ungeheuer wirtschaftlicher Rückgang vieler Industrien. Räumenlich klagen die chemischen Fabriken wegen des Mangels an Rohstoffen und Kohlen. Geradezu trostlos sind die Verhältnisse in den Salinen in Lüneburg, für die die Kohlenzufuhr seit dem 25. November überhaupt gesperrt ist, weil die Kriegsmaststelle in Hannover annimmt, daß hinreichende Salzvorräte vorhanden seien. Zu Beginn des Monats Januar wurde eine beschränkte Kohlenzufuhr wieder freigegeben, doch war die gesetzte Kohle so schlecht, daß sie nur geringe Ausbeute ergab. Erhält Lüneburg daher nicht bald bessere und mehr Kohlen, so ist mit einer Salznot wie in vergangenen Jahren zu rechnen. Den Gaswerken in Lüneburg geht es ähnlich, auch sie müssen die Gaszufuhr bald einstellen, weil die Kohlenversorgung nicht besser wird. In Ost- und Westpreußen klagen die gesamte Industrie über die ungeheuren Schwierigkeiten in der Zufuhr von Rohstoffen und Kohlen, und man befürchtet für die nächste Zukunft eine ganze Anzahl von Betrieben stillzulegen zu müssen. Der Königsviertel hat die Straßenbahn wegen der Kohlennot ihren Verkehr einzstellen müssen, und in Rostock sind die Reptunstwerke bald nicht mehr in der Lage, weiter arbeiten zu lassen.

Gegenüber dieser trostlosen wirtschaftlichen Lage sieht eine blanke unerhörte Unlust zur Arbeit. Im Bergbau und in der Eisenindustrie, im Rheinland und in Westfalen und in den Bergwerken des Westerwaldes, ebenso wie in den Industrien im Görtschitz und Umgebung herrscht größter Arbeitermangel. Zugleich steigt die Zahl der Arbeitslosen von Tag zu Tag. In Berlin ist die Masse der Arbeitslosen auf über 230 000 Personen gestiegen. Die Arbeiter neigen lieber die in fast allen Städten sehr hohe Erwerbslosenunterstützung, als daß sie arbeiten, und lassen sich nur einzellen, wenn ihre ererbten, in geringem Verhältnis zu ihrer Arbeit stehenden Lohnforderungen bewilligt werden. Weil die Arbeitslosenunterstützung in den Städten höher ist als die Löhne auf dem Lande, weigern sich die Arbeitslosen fast durchweg, Landarbeit anzunehmen. Das weibliche Personal, in erster Linie die früheren Munitionarbeiterinnen, sträuben sich gegen die Übernahme häuslicher Dienste. In den Betrieben in den Landkreisen und in der Landwirtschaft ist genügend Arbeitsgelegenheit vorhanden, ja es herrscht der bitterste Arbeitermangel. Die Zuckerfabriken in den verschiedenen Teilen von Deutschland klagen darüber, daß die Leistungen der Arbeiter bei weitaus erhöhten Löhnen bedeutend geringer sind, als vor dem Kriege. Besonders die jüngeren Arbeiter legen bei jedem Anlaß die Arbeit nieder. Die

Verordnung in den Braunkohlenwerken könnte ganz erheblich gesteigert werden, wenn die genügenden Arbeitskräfte vorhanden wären. Nebenall in Deutschland würden die überspannten Lohnforderungen der Arbeiter hennend auf die Industrie, Handwerk und Landwirtschaft. In Ost- und Westpreußen ist in ganzen Bezirken an eine Frühjahrsbestellung gar nicht zu denken, weil eben die Leute fehlen. Das Land braucht Millionen Arbeiter, und niemand meldet sich. Dabei ist das Misstrauen der Arbeiter gegen die Landarbeit in keiner Weise berechtigt, im Gegenteil, die Arbeit ist gesünder, als die in den Fabriken. Alle von dem Kommuvalerwaltung und von der Regierung in Angriff genommenen Rostandsarbeiten werden nur langsam vorwärts oder liegen brach, weil keine Arbeiter vorhanden sind. In Danzig meldet sich für die Rostandsarbeiten bei einem Tagelohn von 15 Mark für Verkehrsteile und 12 Mark für Unverhältnisse von 5000 Arbeitslosen ganze 17 Personen.

In allen Städten geht man darauf aus, die zugewanderten Arbeiter abzuschließen, doch steht diese Maßnahme auf den erbitterten Widerstand der Arbeitslosen. In Schlesien ist es sogar schon so weit gekommen, daß man infolge der Arbeitslosen und Arbeitsunlust der Arbeiterbevölkerung auf ausländische Arbeiter hat zurückgreifen müssen. Und dann ziehen in Leipzig, Bremen, Braunschweig und Berlin große Demonstrationen von Arbeitslosen durch die Straßen mit Schildern: „Gebt uns Arbeit.“

Die Rechnung.

Deutschland hat sich durch die Wasserschadens-Verhütungen verpflichtet, alle Arten von Schäden wiederherzustellen, welche es im Laufe des Krieges, besonders in Frankreich, geschaffen hat. Nur wenige Leute haben aber einen richtigen Begriff von der Größe dieser Rechnung, die bezahlt werden muß. Einige deutsche Zeitungen haben von einer Totalsumme von ungefähr 50 Milliarden gesprochen. Sie sind weit davon entfernt, und die Schätzung, welche uns von amtlicher Seite gemacht wurde, hat viel höhere, zerschmetternde Zahlen.

In den zerstörten Gebieten, welche sich von Tübingen bis zu den Vogesen in einer Länge von 700 km. und einer Tiefe von 60—80 km. erstrecken, das ist eine Fläche von 5 Millionen Hektar, wohin eine Bevölkerung von ungefähr 6 Millionen Seelen. Auf diesem, heute ganz oder zum Teil zerstörten Gebiet beläuft sich das Minimum der ganz zerstörten Grundfläche auf etwa 250 000, und das der teilweise zerstörten Grundfläche auf 200 000. Um einen Begriff von diesen Ziffern zu geben, beträgt die Zahl der Grundstücke von Paris und dem Seine-Departement nur 230 000. Der Wert des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung kommt ungefähr auf 20 Milliarden, wenn man auf den mutmaßlichen Wert der Zähe achtet.

Man muß die historischen Monumente und Kunstsammlungen dazu rechnen; die Zahlen der Wiederherstellung der historischen Gebäude betragen 800 Millionen, 200 Millionen für gehaltene Scheiben, Bildwerke, Fresko-Malereien etc., 300 Millionen für Gebäude von altertümlichem Wert, zusammen 1 300 000 Franks. Zu Würde beträgt der Wert für die Wiederherstellung der Denkmäler gewiß 3 Milliarden. Die Schäden und die gestohlenen Gegenstände der Museen und öffentlichen Sammlungen befragen ungefähr eine Milliarde.

Der bewegliche Wert stellt noch den von der Versicherung festgestellten Ansatz beinahe 50 Prozent des Grundstücksvermögens dar, im ganzen mehr als 15 Milliarden.

Andererseits stellt die verlorene Nutzung des regulierten Warenvertrages, der Einrichtungen und industriellen Handwerkszeuge einen Verlust von wenigstens 35 Milliarden dar.

Man hat also mit einer Summe von zusammen 70 Milliarden Mark allein für Frankreich zu rechnen. Nun hat aber der Kanal von Suez seinen Erbauern nur 291 Millionen, ein Eisenbahnbau, wie die französische P. & M. mit seinen 10 300 Kilometer Eisenbahnen nur 4 Milliarden 700 Millionen gekostet. Man sieht daran, welche Höhe die obengenannten Zahlen darstellen.

Aber zu diesen 70 Milliarden muß man die Verdienstschäden hinzuzählen. Es sind 190 Millionen Kubikmeter Gräben zu füllen, ebensoviel Granitlöcher. Diese 200 Millionen Kubikmeter entsprechen einer Menge, die nötig wäre, um eine Stecke von 280 Kilometer Länge und 30 Meter Breite bis zur Höhe von 6 Stockwerken zu füllen!

Fügen wir dem Füllen der Schüttengräben noch die Hinzunahme von Eisendraht von 28 Millionen Quadratmeter hinzu! Denken wir daran, daß mehr wie 100 000 Hektar Land für die Kultur verloren sind, daß Abmessen unmöglich und die Gartenerde unter der Krippe verschwunden ist. Wenn man so viele Verluste oder Verminderungen der vergangenen und kommenden Ernten, des Viehbestandes, der landwirtschaftlichen Weizenge, die Wald- und Fruchtböden, die Verstdung der Landstädte, Kanäle und Schienenstränge in Betracht zieht, wird man für diesen Abschnitt auf eine Höhe von 20 Milliarden kommen.

Die Summe erreicht also für Frankreich 100 Milliarden. Aber nicht allein Frankreich muß entschädigt werden. Belgien, England und andere Länder haben gesunken. Diese Zahl kann leicht verdoppelt oder verdreifacht werden.

Man kann diese Zahlen bestreiten, weil sie einseitig festgesetzt worden sind, aber sie sind genau ermittelt. Sie geben uns eine Vorstellung von der Schuld, welche auf Deutschland ruht, von der furchtbaren Last, welche es tragen muß. Für das linke Rheinland, das als Pfand der Schuldforderungen der Entente ausersehen ist, beweisen sie, daß die alliierte Besatzung sehr lange dauern wird, wohl viel länger, wie man eben glauben will.

Die belgische Schadensrechnung.

(d.) Die Kriegsschäden Belgiens werden, wie der Pariser Berichterstatte des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet, insgesamt 15 Milliarden Franken betragen. Der Betrag für die persönlichen Verluste ist ungefähr ebenso hoch. Unter den Kriegsschäden werden aufgezählt: die für Eisenbahn, Post und Telegraphie mit 3½ Milliarden, die tatsächlichen Kriegsausgaben mit 3 Milliarden, die an die Deutschen gezahlten Kriegssteuern mit 2½ Milliarden, für Unterhaltung der Bevölkerung 2 Milliarden Franken. Die Anzahl der in Belgien zerstörten Häuser beträgt 45 000.

Allerlei Nachrichten.

Naumann Präsidentschaftskandidat?

(d.) Die „Fraufl. Ztg.“ glaubt mitteilen zu können, daß die Deutsche demokratische Partei, für welche die Wahlen günstig ausgesessen sind, Naumann als Präsidentschaftskandidat für die Republik ausspielen werde.

Gedenktafel für Clemenceau.

„Le Petit Parisien“ meldet, daß an dem Geburtstage Clemenceaus zu Montereau-Forsen eine marode Gedenktafel mit folgender Inschrift angebracht werden sei: „In diesem Hause wurde am 28. September 1841 Georges Clemenceau, Präsident des Kriegsrates und Kriegsminister geboren. Die Gemeinde von Montereau-Forsen hat diese Tafel am 12. Januar anbringen lassen, um ihrem Sohn dem Organisator des Sieges des Verteidigers des Landes, dem ganz Frankreich in jedem Tag zu neuem Ansehen verpflichtet wird, Ausdruck zu verleihen.“ Eine zahlreiche Menge wohnte der Einweihung bei, bei welcher der Bürgermeister de Latre und Herr von Fontaines das Wort ergreifen haben.

Weltsteuer für Frachverkehr.

Der Wirtschaftsdelegat Italiens auf der Friedenskonferenz ludigte im „Corriere“ die Einführung einer Weltsteuer für Frachverkehr, für Kohlen und Rohstoffe an zwecks Abtragung der Kriegsosten. Die Alliierten, die Neutralen und die Feinde mühten diese Steuer entrichten.

Japan's Friedensprogramm.

(d.) Der „Natio“ will wissen, daß das japanische Kabinett dem von Matsui formulierten Friedensprogramm zugesagt habe. Dieses Programm enthält folgende neue Punkte: 1. Westliches Europa, das Balkan und die afrikanischen Kolonien: Japan ist in voller Übereinstimmung mit den Ansichten Frankreichs, Englands und Amerikas. 2. Deutschland und Russland: Japan wird in diesem Punkte eng mit England und Frankreich zusammenarbeiten. 3. Die Frage der Entschädigungen. In dieser Hinsicht steht Japan die Regelung der Konferenz anheim. 4. Das Schicksal Samoa wird in Übereinstimmung mit England und den Vereinigten Staaten geregelt. 5. Neuguinea kommt an Australien. 6. Der Archipel, die Marquesas, Carolinen und Marianen-Inseln werden unter japanische Kontrolle gestellt. 7. Tsingtau, der Hafen von Kiautschou und die Eisenbahn von Tsingtau kommt an Japan. 8. Japan wird sich mit den Alliierten über die Aufrechterhaltung der Ordnung in Sibirien verständigen. Keine Macht soll eine Vorzugsstellung einnehmen betreffs der dort zu erwerbenden Konzessionen. 9. In China wird das Prinzip der östlichen Tür aufrechterhalten, da Japan an der Aufrechterhaltung des Friedens im ferne Osten interessiert ist.

Reeder und Seelente.

(d.) Zwischen den Reedern und den Seelenten, die unter der Drohung des Auslands bedeutende Lohn erhöhungen für die transatlantische Fahrt zur Einholung von Lebensmitteln forderten, ist nach einer Meldung aus Hamburg durch Entgegenkommen der Reeder eine Einigung erzielt worden. Die Seelente erhalten für die transatlantische Fahrt eine Monatsbeute von 220 Mark gegen 70 Mark vor dem Kriege. Wie es scheint, sind die radikalen Reeder unter den Seelenten auch mit dieser Regelung noch nicht zufrieden.

Weimar.

(d.) Die Erneuerungsfrage für die während der Nationalversammlung in Weimar beruflich anwesenden Personen ist insoweit geregelt, als vom 2. Februar an ein vereinbartes Kartensystem eingeführt wird. Die Ankommen erhalten für die erste Woche ein Gehalt, worin für jeden Tag Belegkarte für ein Frühstück, ein Mittagessen und ein Abendbrot enthalten sind. Die Preise für die einzelnen Mahlzeiten sind in allen Gasthäusern und Restaurants höchst festgesetzt. Alle Eintrittenden haben ihre Brot, Fleisch und Buttermärkte mitzubringen. Das gilt auch für Selbstverfolger, sowie auch für die Abgeordneten, Reisende verfehlte etc.

Die Enteignung von Grundbesitz.

(d.) Eine Mitteilung des Directors der Landwirtschaftskammer in Halle sieht die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes über Landesiedelung bevor, wonach der Großgrundbesitz 10 Prozent seiner Fläche abtreten müsse; ferner würden die Güter eingezogen, die von Kriegsgewinnern gefeuert worden seien, ebenso die, die in den letzten 20 Jahren den Besitzer mehrfach gewechselt hätten, ferner die schlecht bewirtschafteten und weiterhin die, deren Besitzer nicht selbst wirtschafteten, und schließlich die aus Bauerngütern zusammengelauten.

Das Mandat Eichhorns.

(d.) Alle zur deutschen Nationalversammlung gewählten Abgeordneten haben die Annahme der Wahl erlaubt, bis auf den ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn. Der an ihn gerichtete Brief ist als „unbelehrbar“ zurückgestoßen. Damit ist das Mandat Eichhorns zunächst ungültig, denn nach § 56 der Wahlordnung hat der Wahlkommissar die Gewählten zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erläutern.

Matrosenforderungen.

(d.) In einem Schreiben an die Volksregierung verlangt der Generalrat der Marine die sofortige Verhaftung des kommandierenden Generals des Marinencorps, Schröder, des Geheimen Marine-Oberstabsrates Hößler und des Korvettenkapitäns Regener. Gegen die genannten Offiziere soll die Anklage erhoben werden, daß Admiral Schröder, wie es in dem Schreiben an die Volksregierung heißt, eigenmächtig, überreicht und trotzdem er im Großen Hauptquartier von dem Ammonecklah über politische Verbrechen Kenntnis haben mußte, die Erziehung zu gewissen Zwecken befohlen und mit allen Mitteln herbeigeführt habe.

Trotzli.

(d.) „Echo de Paris“ meldet aus Stockholm, daß Trotzli in einem Telegramm an die Truppen erklärte, daß das Anerkennen der Alliierten, auf den Prinzipien in einer Konferenz zusammenzutreffen, ein Zeichen der Schwäche sei. Er forderte die Truppen auf, ihre Anstrengungen zur Sicherung der Weltbourgeoisie zu verdoppeln.

Wilson.

Paris, 2. Febr. Nach dem "Platin" wird Präsident Wilson, um seine Botschaft vor dem Kongreß verlesen zu können, Frankreich um den 12. Februar herum verlassen und 5 Wochen später wieder dorthin zurückkehren. Die Arbeiten der Konferenz werden durch diese Reise nicht unterbrochen werden.

Tagesgeschichte.

Eberts Forderungen an die bürgerlichen Parteien.

Berlin, 4. Febr. Der Volksbeauftragte Ebert machte dem Berliner Korrespondenten der "A. B." gegenüber über das Wahlergebnis folgende Ausführungen: "Die Sozialdemokraten werden in der Nationalversammlung die Pflicht haben, den Geist und die Handlungsklinie zu bestimmen. Noch reicht unsre Stärke nicht zur alleinigen Übernahme der Regierung aus, sie wird aber so groß sein, daß tatsächlich nichts geschehen kann, was unsern Grundlagen widerspricht. Das gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die davon die Sitz mit und teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn dies nicht nur in demokratischem, sondern auch in sozialistischem Sinne erfolgt."

Das Ende der Feldpost. Nach einem Erlass des Staatssekretärs des Reichspostamts treten infolge der Demobilisierung die den Heeres- und Marineangehörigen gewährten Postvergünstigungen für Feldpostsendungen bis 31. Januar außer Kraft. Für Heeres- und Marineangehörige in den besetzten Gebieten erhöhen die Vergünstigungen einheitlich mit dem Übergang auf beheimateten Boden. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach dem dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Soldatenbrief).

Die Groß-Deutsche Soldatenräte haben beschlossen, zum Protest gegen die Neuregelung der Kommandogewalt die sofortige Einberufung eines Reichstagess der Soldatenräte sämtlicher Armeekorps und die Aushebung der Neuregelung der Kommandogewalt bis zur Entscheidung dieses Kongresses zu fordern. Auch die Groß-Deutsche Arbeiterräte beschließen, einen neuen Rätestag einzuberufen. Der Berliner Volkszugrat fördert natürlich alle diese Befreiungen, denn sie laufen auf einen Sturmangriff gegen den jetzigen Zentralrat hinaus, der befürchtlich auf dem Standpunkt steht, daß das Arbeiter- und Soldaten-Räte-System einer gescheiterten demokratischen Regierung Platz machen muß.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Nödenfrage in den letzten Tagen weniger eine Produktionsfrage als eine Verkehrsfrage geworden. Nach Holland sind bereits große Mengen Kohlen ausgeführt worden, da Holland die zur Beförderung notwendigen Eisenbahnzüge gestellt hat.

Das Reichsbauministerium hat vor einiger Zeit eine Verordnung erlassen, wonach die Ausstellung von Befreiungen verzeichneten Personen erlaubt wird von allen, die beschleunigungsbedürftig sind. Diese Verordnung hat als Standtag den 31. Dezember 1918 und muß bis zum 31. März 1919 fertig sein. In der Verordnung war keine Bestimmung getroffen über die Vorlage dieser Verzeichnisse. Infolgedessen ist Unklarheit und Unsicherheit entstanden. Eine amtliche Erklärung geht nun dahin, daß für den Fall, daß das Reich eine große Vermögensabgabe verlangen wird, die Grundlagen vorhanden sein müssen. Wenn jetzt schon auf dem Wege der Verordnung die Auslegung solcher Vermögensverzeichnisse gesordert wird, so ist im spätesten Augenblick die Steuereinschaltungssarbeit wesentlich erleichtert.

Aus dem besetzten Gebiete.

Mainz, 31. Jan. (Die Garnison von Mainz.) Die Stadt Mainz wird in einigen Tagen das marokkanische Kolonial-Infanterie-Regiment, eine der herausragendsten Truppen der französischen Armee empfangen und zu ihrer Garnison rechnen können. Diese Truppe ist vielleicht die berühmteste der ganzen französischen Infanterie. Beimal im Afrikamebefehl erwähnt und ausgezeichnet, hat sie mit Erfolg an allen Kämpfen teilgenommen, nachdem sie ihren Fuß in Marokko gesetzt hatte.

Mainz, 1. Febr. (Einbruch in die Bank in Arbeitsamt.) In den Räumen des Arbeitsamtes auf der unklaren Seite am Dienstag in der Zeit zwischen 1 und 2 Uhr ein Einbruch verübt worden. Den Tätern gelang es, aus einem Kassenkasten einen umhaften Betrag von Geldern zu stehlen, die zur Auszahlung für Arbeitslose bestimmt waren. Sowohl festgestellt, handelt es sich um eine Summe in Höhe von 25 000 Mark, die aus verschiedenen Sorten Mainzer Notgeld bestand. Die gehobene Summe macht ungefähr den doppelten Betrag aus, was wöchentlich an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt wird. Auf Abholung des Täters wird eine umfassende Belohnung ausgeschetzt werden.

Oberstein, 1. Febr. (Die Pferdepreise.) Der landwirtschaftliche Verein für die Provinz Württemberg hält eine große Pferdeversteigerung in Württemberg ab. Es kamen 62 Pferde zum Verkauf, die Preise zwischen 1200 bis 4000 Mark erzielten. Es zeigte sich, daß die Pferdepreise, die mit der sicheren Aussicht auf Frieden gesunken waren, neuordnungs wieder anziehen.

Taarbrücken, 1. Febr. (Raub in der Kirche.) Ein dreiläufiger Raubmord brachte in dem nahen Ludweiler die Gemeinde in Erregung. Am Dienstag, 28. Januar, sollte in der von ihm geführten Kapelle das Jahrgericht für den verstorbenen Johann Sandanus, dessen 80-jährige Witwe, Margarete, geborene Feitor, neben der Kapelle am Anfang des Ortes Ludweiler wohnte, begangen werden. Als Verwandte der Witwe am Morgen des 27. Januar gegen 9 Uhr sich in ihre Wohnung begeben wollten, um der alten Frau bei den Vorbereitungen in der Kirche zu helfen, bemerkten sie, daß aus dem Hinterhügel des Hauses standen sie verschlossen. Als sie ins Haus eindrangen, fanden sie Frau Sandanus tot auf ihrem Bett. Sie war durch Beiliebe auf den Hinterkopf getötet worden. Das Bett wurde aus dem Haus gehoben, und die 84-jährige Witwe

Katharina Sandauer mit ihrer zwölfjährigen Tochter Magdalena hin, gleichfalls erschlagen lagen. Die Leichen waren schon zum Teil zerstört. Die Kunden im Gesicht und am Kopf zeigten, daß die Kerle durch Hammerschläge getötet waren. Alle Zimmer des Hauses waren durchwühlt, die Schränke und Kommoden erbrochen. Was die Täter geraubt haben, ist im einzelnen noch nicht festgestellt. jedenfalls ist ihnen ein Geldbetrag von mehreren hundert Mark in die Hände gefallen, den die alte Frau Sandanus in einer Blechdose unter dem Kopftisch verborgen hatte. Auch sind aus einer Vorratskammer mehrere Pfund geräucherter Fleisch gestohlen worden. Die blutige Tat muß von zwei Personen ausgeführt worden sein, die über die Verhältnisse entweder wußten.

Worms, 31. Jan. (Verstrafen.) Die hierige Polizeiverwaltung gibt auf Anweisung der französischen Militärbehörde bekannt, daß durch Urteil des Kriegsgerichts der 2. D. C. P. vom 21. Januar 1919 bestraft wurden: 1. Hubel, David, wohnhaft in Bödenheim zu 5 Jahren Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe wegen Verhüllung von Gegenständen, die in der Gewalt von Reims durch einen deutschen Soldaten gestohlen worden waren. — 2. Schmidt, Friedrich, wohnhaft in Kreimersheim, zu 3 Jahren Gefängnis und 500 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls von Kleidungsstücken zum Nachteil französischer Soldaten, die bei ihm einquartiert waren. — 3. Oswald, Barbara, wohnhaft in Weinsheim, zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager von Pfäffigheim, wo sie beschäftigt war. — 4. Goy, Wilhelm, wohnhaft in Leiselheim, zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager von Pfäffigheim, wo sie beschäftigt war. — 5. Schröder, Jean Heintz, wohnhaft in Worms, zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Fr. Geldstrafe wegen rücksichtigen Diebstahls in der Wormser Kaserne. — 6. Haubler, Wilhelm, wohnhaft in Worms, zu 2 Jahren Gefängnis und 200 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls ... der Wormser Kaserne. — 7. Meng, Friedrich, wohnhaft in Worms, zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis und 250 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls in der Kaserne. — 8. Holzemer, Jean, wohnhaft in Herrnsheim, zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls. — 9. Wittmann, Valentin und Bergsträßer, Gertrude, wohnhaft in Worms, zu je 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfäffigheim, wo sie beschäftigt waren. — 10. Bebringer, Valentin, wohnhaft in Herrnsheim, zu 3 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfäffigheim, wo er beschäftigt war. — 11. Kiefer, Eugenie, wohnhaft in Hochheim, zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Fr. Geldstrafe wegen Diebstahls im Lager zu Pfäffigheim, wo sie beschäftigt war.

Koblenz, 31. Jan. (Für Meissende.) Nach einer neuen Polizeiverordnung hat sich jeder Frei in die in Zivil, der aus einem nicht von den Amerikanern besetzten Gebiet nach Koblenz kommt, sofort zu jeder Tages- und Nachtzeit auf der Polizeiwache anzumelden, auch wenn sein Aufenthaltsort nur auf einige Stunden bemessen ist. Weder Gasthöfe noch Privatwohnungen dürfen fremden bei sich aufnehmen, wenn sie nicht den schriftlichen Nachweis der Anmeldung erbringen. Nicht beachtung dieser Bestimmung zieht die sofortige Verhaftung dieser Personen und strengste Bestrafung nach sich.

Taarbrücken, 31. Jan. (Französische Milch für die Zivilbevölkerung.) Auf Veranlassung des kommandierenden Generals der 10. Armee ist der Zivilbevölkerung in Taarbrücken eine gewisse Menge Milch zur Verfügung gestellt worden, die für die Franken und Kinder bestimmt ist. Von der französischen Militärbehörde sind zunächst 500 Küßen französische Milch überwiesen worden. Jede Küse enthält 18 Büschchen von 400 bis 500 Gramm, entsprechend zwei bis drei Liter Milch. Diese Büschchen Milch werden der Zivilbevölkerung zum gleichen Preis wie den Franzosen überlassen.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Abgelaufene Reise-Ausweise.

Rüdesheim, 3. Febr. Zur Vermeidung von Rücksichten ist angeordnet, daß häufig alle abgelaufenen Reise-Ausweise durch den Inhaber des Bürgermeisteramtes des Wohnortes zur Rückreise an den franz. Kreisverwaltung eingeliefert sind.

Geldverkehr.

Rüdesheim a. Rh., 30. Jan. Alle aus Geldoperationen (Geldverkehr) bezüglichen Korrespondenzen, seien sie öffentlicher oder privater Natur, insbesondere alle Korrespondenzen bezüglich Geld- und Wertsendungen aus dem besetzten Gebiete Deutschlands, sind durch die Interessenten, auf dem gewöhnlichen Postwege an die Prüfungsstelle (Kommission de Drogation) in Trier zu senden, die für die Weiterleitung sorgt. Diese Prüfungsstelle (Kommission de Drogation) hat nämlich Beisendungen aus dem besetzten nach dem unbesetzten Deutschland zu genehmigen, wenn es sich um Rücksichten für nach der Besetzung zum Abschluß gekommenen und genehmigte Geschäftsbüchsen handelt. Jede Beisendung ist der Post zu übergeben. Den Bürgermeistern ist es untersagt, Beisendungen zur Weiterleitung an die Post in Empfang zu nehmen. Die sonstigen Bestimmungen über Postverkehr bleiben selbstverständlich in Kraft.

Ortskrankenhäuser Rüdesheim.

Rüdesheim a. Rh., 3. Febr. Die ordentliche Ausschüttung der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die Gemeinden des ehemaligen Amtes Rüdesheim lag von der Aufstellung eines Haushaltungsplanes für 1919 infolge der herrschenden anormalen Verhältnisse ab. Es wurde mitgeteilt, daß durch die Grippe-Epidemie die Ausgaben der Kasse enorm gestiegen seien, so daß im Jahre 1918 allein an Krankengeld 45 000 M. bezahlt werden mußten, gegen 31 000 M. in 1917 und 25 000 M. in 1916.

Rheinischer Krieg.

Den Rheinischen wird von der Besatzungsbehörde die Ausübung der Sicherheit von Fahrzeugen aus nunmehr unter bestimmten Voraussetzungen gestattet werden. Die ergangenen Anordnungen waren in unserem Kreisblatt abgedruckt und können auch bei den Bürgermeisterämtern eingesehen werden.

Lebhafter Verkehr im Weingeschäft.

Aus dem Rheingau, 31. Jan. (Vom Weinverkehr und Weinbau.) Nachdem von der Weinernte an bis über die Mitte des Januar d. J. hinaus fast jeglicher Weinverkauf gestoppt hat, so daß man von einem wirklich gezahlten Preis kaum reden kann, setzte in der neuesten Zeit plötzlich so lebhafte Kauflust ein, daß in manchen Orten wohl der größte Teil des neuen Weins bereits verlaufen ist. Täglich kommen zahlreiche Abschlüsse zu Stande, und fast alle Winzerseel werden von Kaufleuten besucht. Für die feinsten Weine wurden anfangs 2300, 2500, 3000 und 3300 Mark das Stück (zu 1200 Liter) bezahlt; dann stieg der Preis auf 3500, und zuletzt wurden 4000 M. angelegt. So zu Winkel, Oestrich, Mittelheim, Erbach, Hattenheim u. a. In der Erwartung weiteren Steigens der Preise halten viele Winzer noch zurück. Die französische Besatzungsbehörde zu Rüdesheim hat als Höchstpreis für die Straußwirtschaften einschließlich der Steuer 4 Mark das Liter für den ganzen Rheingau festgesetzt.

Ruppertshofen und Schwanen werden wieder durch die Gemeinden geliefert und müssen jetzt bereits bestellt werden. Das Wintergraben der Weinberge nimmt seinen Fortgang; auch ist bereits vieles geschnitten. Verhältnismäßig zahlreiche Weinberge gingen in anderen Weiß zu regelmäßigen Preisen

Überschauen.

Rauhheim, 3. Febr. Drei junge Leute, die auf dem Trittbrett eines überfüllten Eisenbahnwagens von Bischheim nach Darmstadt fuhren, wurden von einem entgegkommenden Zug erfaßt und furchtbar zugerichtet. Der eine von ihnen starb sofort; die beiden anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Brandshaben.

A. Kastellou (Hundsrück), 2. Febr. In der Scheune der Ww. Peter Claus hier, die eine Bäckerei betreibt, brach Feuer aus. Die Scheune brannte vollständig nieder und die anschließende Stallung erlitt großen Schaden. Das der Besitzer gehörende alte Wohnhaus trug stärkeren Schaden davon, während das neue Wohnhaus ziemlich gut davongekommen. Die Feuerwehr und die französischen Besatzungstruppen beschädigten den Brand auf seinen Herd. Der Schaden an den Gebäuden ist durch Versicherung gedeckt, die Möbel und die landwirtschaftlichen Erzeugnisse waren nicht versichert.

Als ein Zeichen der Zeit

darf die wachsende Zahl der Heiratsanträge angegeben werden, die man neuerdings in der Presse findet. Eine Höchstleistung in dieser Art dürfte der Kölner "Stadt-Anzeiger" in seiner letzten Sonntagsnummer aufgestellt haben. Fast eine ganze Seite füllten hier die Heiratsanträge, denn nicht weniger als 118 Männer und Weiblein versuchten auf diesem nach dieser Leistung sicherlich nicht mehr ungewöhnlichen Wege, das zu einer Ehe passende Gegenstück zu erhalten. Die Suchenden rekrutieren sich aus allen Klassen der Bevölkerung, aus allen Berufen und aus allen heiratsfähigen Lebensaltären; ein Beweis für das Einflusslosgefühl oder auch die Freude am Wiederaufbau des Daseins und seiner Voraussetzungen mag aus diesem Anzeigenstall eines einzigen Blattes zu uns sprechen.

Brot nur gegen Arbeit.

Düsseldorf, 4. Febr. Staatssekretär Erzberger hat auf die Drohung des Arbeitgeberverbands der rheinischen Eisen- und Stahlindustrien geantwortet: Einführung von Lebensmitteln erfolgt, sobald Deutschland Handelschiffe zur Versorgung gekauft hat. 450 000 Tonnen Handelschiffsräume sind vorgesehen der Entente zur Verfügung gestellt worden. Gehe mit Ihnen einig, daß baldige Lebensmittellieferung die Ordnung in der gesamten Industrie herbeiführen wird. Um Lebensmittel zu erhalten, ist aber Arbeit notwendig, da die Entente Deutschland keine Kredite gewährt und die deutschen Auslandsguthaben nahezu erschöpft sind. Bitte dringend, den Arbeitern zu sagen, daß Brot und Fleisch reichlich vorhanden und zur Verfügung gestellt werden, sobald sie weiter arbeiten".

Auch eine Grenzangenschaft der Revolution.

In einer Betrachtung über die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland schreibt der "Berliner Volksanzeiger": Mit durchschlagendem Erfolg ist im Sturm der Revolution die Sozialisierung der Umgangssprache erfolgt. Lämmel, Möller, Schaff, Blutbad, Lumpenpack, Gesindel u. s. w. sind Ausdrücke des tödlichen Bedarfs geworden. Wir finden sie in den Zeitungen, von denen die Revolution und ihre Errungenheiten immer auf neue geprägt werden. Die "rote Fahne", die "Freiheit", der "Vorwärts" und das "Berliner Tageblatt" verständigen sich auf diese Weise untereinander und mit der Außenwelt. Bei einer kriegerischen Mehrheit der Nationalversammlung werden wir zur parlamentarischen Umgangssprache zurückkehren, die und erlaubt, auch mit anderen Völkern wieder zu verkehren. Was müssen sie wohl denken, wenn wir uns gegenseitig mit so prächtigen Rosenamen bezeichnen. Das Bürgertum muß dafür sorgen, daß sie solchen Sprachhaben nicht als unangemessen für uns halten.

Die Kriegsschädigungsfrage.

Genf, 4. Febr. (T. II.) Bei der Erörterung über die Frage der Kriegsschädigung blieb Wilson, einem Loyalen Funkspruch zufolge, fest auf dem Standpunkt stehen, daß man keine Art von Erfolg der gesamten Kriegsschäden von Deutschland erwarten dürfe, sondern nur einen Erfolg für tatsächlich erlittene Verluste. Unter diesen Titel fielen weder die für die Heere aufgewandten Kosten, noch die für die Munition und Zubehör. Allen darüber hinausgehenden Forderungen setzt Wilson festigen Widerstand entgegen.

Das Generalkonsulat der Niederlande

in Frankfurt a. M. hat in Wiesbaden eine Nebenstelle eingerichtet, deren Leiter Herr André Marx ist. Aufgabe der Nebenstelle ist es, die Interessen der Niederlande, von Großbritannien, Griechenland, Luxemburg, soweit diese in dem von der 10. franz. Armee besetzten Teile des Provinz Hessen-Nassau und des früheren Großherzogtums Hessen ansässig sind, wahrzunehmen.

Leipziger Frühjahrsmesse.

Berlin, 2. Febr. Um den Bewohnern des besetzten Gebietes den Besuch der Leipziger Frühjahrsmesse zu erleichtern, hat die deutsche Waffenstillstandskommission in

Spa in der Sitzung am 28. d. M. die Entente geboten, den Besuchern der Leipziger Messe bei der Hin- und Rückreise keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Da außerdem die Postverre die Verteilung von Messenmustern unmöglich macht, und die Kästchen gleichzeitig ersucht werden, den Paket- und Wiederverkehr für diese Zwecke frei zu geben.

Die Kartoffel- und Fleischration. Die Mitteilungen aus dem Reichsnährungsamt schreiben: Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvorräte eine möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Staatssekretär des Reichsnährungsamts zur Streckung der vorhandenen Vorräte angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkt an hat eine Senkung der täglichen Ration der Selbstversorger von 1/2 auf 1 Pf. zu erfolgen. Die Reichskartoffelle ist angewiesen, das Röhre zu veranlassen. — Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die Wochenmenge Fleisch für die Versorgungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht werden, so daß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern 200, statt 150 Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 250 Gramm und statt der 200 Gramm in den Gemeinden von 100 000 und mehr Einwohnern 300 Gr. auf den Kopf wöchentlich unter Begnad der Schwer- und Schwerarbeiterzulagen, abgesehen von den Zulagen für Bergarbeiter unter Tage, die bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig in die den Selbstversorgern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht werden. (20-50 Mark die Rute) über.

Weinzeitung.

△ Aus dem Rheingau, 2. Febr. Abgesehen von der regnerischen Zeit war es ganz gut möglich die Weinbergarbeiten zu fördern. Das Nebholz steht günstig. Bereits wurde mit dem Schnitt der Rebe der Anfang gemacht. Recht gut entwickelt haben sich die 1918er Weine und wie anderwärts bereits eine starke Nachfrage eingesetzt hat, so

zeigt sich die gleiche Nachfrage auch weiterhin mehr im Rheingaugebiete. Bezahlt wurden angeblich im unteren Rheingau für das Stück 1918er bis 4000 M. und ähnliche und höhere Forderungen werden im übrigen gestellt. Das Stück 1917er wurde angeblich vereinzelt zu 4000 M. angeboten. In diesem Jahrgang sind aber keine großen Vorräte mehr vorhanden.

△ Aus Hessen, 2. Febr. Die Arbeiten in den Weinbergen sind recht gut vorangegangen, wenn sie auch zeitweise unter Regen und sonstigen Witterungseinflüssen zu leiden hatten. Das geschäftliche Leben hat seit kurzem eine wesentliche Verbesserung erfahren, denn die Nachfrage nach den Weinen des letzten Jahrganges hat sich ganz bedeutend erhöht und zu größeren Abschlägen geführt. Infolge der gesteigerten Nachfrage sind auch die Preise für den 1918er Wein gestiegen. Es wurden bei den letzten Auktionen für das Stück 1918er bis 4000 M. und mehr bezahlt.

△ Aus der Pfalz, 2. Febr. In Diesesfeld gingen 50 Fuder 1918er der Winzergenossenschaft zu 3000 M. das Fuder in anderer Besitz über. Gesamtergebnis 150 000 M.

△ Von der Nahe, 2. Febr. Gestützt auf den Umstand, daß die Weinwirtschaften einen stärkeren Verbrauch von 1918er Weinen haben, ist eine Steigerung der Nachfrage nach Weinen dieses Jahrganges in letzter Zeit festzustellen gewesen. Tropfend zeigt sich eine geringe Steigerung des Verkaufsgeschäfts. Eine Preissteigerung hat sich aber schon bemerkbar gemacht und zu den anfänglich genannten Bewertungen ist der 1918er nicht mehr zu haben.

△ Von der Mosel, 2. Febr. Die Weinberge und die Reben befinden sich gegenwärtig in gutem Stande. Das Weingeschäft hat eine schwache Steigerung erfahren und zu größeren Umsätzen schnell geführt. Hand in Hand mit einer größeren Nachfrage ging auch die Erhöhung der Preise, die es mit sich brachte, daß für das Fuder 1918er bis 4000 M. und mehr verlangt und auch bezahlt wurden. Sehr viel 1918er Wein wurde an der unteren Mosel umgesetzt. Meistens laufen die Weinwirte, um ihres gegenwärtig stärkeren Bedarf zu decken, den neuen Wein an, während der Weinhandel noch immer Zurückhaltung bewahrt.

Berantwortlich: Adam Etienne, Destrich.

Handel und Verkehr.

△ Reichsbank. In einer Sitzung des Rentkantons beschrieb Präsident Dr. Havenstein die Entwicklung des Standes der Bank während der letzten vier Wochen. Er betonte, daß die Anlage-Rechnungen infolge des fortgesetzten Kreditbedarfs des Reiches während der Berichtszeit wieder erheblich mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs zu genommen haben, daß auf der andern Seite aber die freien Gelder diesmal einen beträchtlichen Zuwachs aufwiesen, während sie in der gleichen Zeit vor dem Jahr erheblich abgenommen hatten. Nach den weiteren Ausführungen des Präsidenten kann die Zahlungsmittelkrise in der Hauptsache als behoben angesehen werden. Ein wesentlicher Teil der in der Berichtszeit neu ausgegebenen Zahlungsmittel diente der Erfüllung der im Waffenstillstandsabkommen übernommenen Zahlungsverpflichtungen des Reiches.

Ein Wort über deutsche Frauenkleidung.

Das durch sein zweierlei an Stoff auch für Umänderungen geeignete Mittelkleid ist gleichzeitig sehr gehalten und vorne wie im Rücken an jeder Seite in je eine Querfalte geordnet, die in halber Rockhöhe ausspringt. Die schmale Gürtel, einer über einer unter den Salten halten im Taillenschlupf das Ganze leicht zusammen, den tiefen spitzen Halsausschnitt füllt teilweise ein Latzteil. Der breite karrierte Kragen reicht vorne ziemlich tief herab, mit ihm harmonieren die Aufschläge des langen Blusendamels sowie der breite Rockanfang. Hierzu ist der Schnitt in 40, 42, 44, 46, 48, 50 cm halber Oberweite zu 1,50 M. durch die Modenzeitung Dresden Nr. 8 zu beziehen.



Nr. 8882.
Mittelkleid aus
zweierlei Stoff.

Öffentliche Bekanntmachung.

Naht Eintrag in unserem Handelsregister V bei der Firma „Mathes Müller, Kommanditgesellschaft auf Aktien zu Eltville a. Rh.“ ist der Kaufmann Dr. jur. Henry Müller-Gastell zu Eltville als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten.

Eltville, den 7. Dezember 1918.

Das Amtsgericht.

Erklärung.

Bezugnehmend auf die Notiz vom 30. v. Mts. teile ich mit, daß ich im Besitz meiner Ausweiskarte und Viehaufläufe für den Viehhandelsverband bin.

Emil Hallgarten, Winkel.

Wein-Etiketten Befest zweck und billigt die Druckerei der Blätter.

Schuhe.

Hanschuh, ohne Bezugsschein, dauerhafte Herarbeitung, mit echter Lederspitze, pro Paar 7,20 M., freie Auslieferung. Lieferung nur gegen vorherige Einsendung des Betrags. Bei Rücksellung garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten.

Garantie für gute Ankunft. Versand gestattet. Schuhwaren-Fabrik Wimbach (Rheinpfalz).

Elsässische Bankgesellschaft Filiale Mainz.

Aktienkapital Mk. 20 000 000.

— Beruf Nr. 52 und 91 —

Beratung von Spargeldern zu günstigen Zinsfällen.

An- und Verkauf von Wertpapieren.

Ausführung sämtlicher in das Bankbuch einschlagenden Geschäfte.

Verschwiegenste u. zuverlässigste Erledigung aller Angelegenheiten.

Crauerbriefe — Crauerkarten

liefern schnellstens

„Rheingauer Bürgerfreund“

J. & G. ADRIAN



WIESBADEN

Bahnholzstrasse 6. Fernspr. 59 u. 6223.

Möbeltransporte von und nach allen Plätzen

Verpackung :: Assecuranz

Moderne Möbel-Lagerhäuser

Spedition :: Rollfuhrwerk

L. RETTENMAYER

G. m. b. H.

WIESBADEN.



Zentrale: Nicolastrasse 5.

Fernsprecher: Nr. 12, 115, 124, 242, 2376 (Direktion 6611).

Telegramm-Adresse: Rettener Mayer, Wiesbaden.

Möbeltransporte von u. nach allen Plätzen.

Über-Land-Umzüge.

Lagerung ganzer Wohnungseinrichtungen, Reisegepäck und Speditionsgüter im

Wiesbadener Möbelheim: 8000 qm Lagerfläche.

Sicherheitskabinen.

Spedition,

Sammelladungen,

Rollfuhrwerk,

Commission,

Lager,

Garten-Kle-

Incasso,

Verkauf

Versorgungen.

Versicherungen.



Reise-Büro: Kaiser Friedrich Platz 2.

Fünfliche Fahrkarten-Ausgabe ohne Aufschlag.

Schlafwagenkarten. — Amtl. Gepläckabfertigung und Belörderung zu und von den Zügen.

Reisegepäck-Versicherung.

Reiseunfall-Versicherung.

Fernsprecher für Reisebüro: Nr. 242 und 2376.

Umprägnete u. spanierte Weinbergspfähle,

runde und gefügte

Stielkel.

1,25, 1,50 u. 1,75 Mt. lang.

Baumpfähle,

2 bis 3,50 Mt. lang,

empfiehlt

Gg. Dos. Friedrich,

Destrich i. Rhg.

— Telephon 70. —

Im Ankauf

von Lumpen, Altmetallen, gebrauchten Möbeln und Kleidungsstückchen zu den höchsten Tagespreisen empfiehlt sich

Witthandlung

Franz Leinberger,

Winkel, Bartholomästrasse 16.

Die reichhaltigste, interessanteste und gediegteste

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte

Zeitschrift für jeden Kleintier-Züchter

ist und bleibt die vorschrifts-illustrirte